

# Obwaldner Volksfreund.

## Abonnement

(bei sämtlichen Post-Büreaux)

jährlich (franco durch die ganze Schweiz) . . .	Fr. 5.—
halbjährlich . . . . .	2.50
bei der Expedition abgeholt jährlich . . . . .	4.20
„ „ „ halbjährlich . . . . .	2.10

N. 79.

Sarnen, Mittwoch 8. Oktober.

1902.

Druck und Expedition:

Buchdruckerei Jos. Müller, Sarnen.

## Einrückungsgebühr für Obwalden.

Die einpaltige Beizelle oder deren Raum . . .	10 Rp.
Bei Wiederholungen . . . . .	8 „

## Für Inserate von auswärts

Die einpaltige Beizelle oder deren Raum . . .	15 „
Bei Wiederholungen . . . . .	10 „

Gratis-Beilage:

Illustrirtes „Sonntagsblatt“.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Daasenstein & Vogler, Rudolf Mosse** und **Orell Füssli & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Strassburg und Wien.

## Aufruf

zu einer Liebesgabensammlung für die Wasserbeschädigten vom 8. August 1902.

Am 8. August abhin haben mehrere, rasch aufeinanderfolgende Gewitter, verbunden mit wolkenbruchartigen Regengüssen, ein außerordentliches Anschwellen einzelner Wildbäche in Giswil, in der Schwändi und in Sarnen veranlasst. Insbesondere war es die gefährlichste Lau in Giswil, welche verheerend gegen den Großteil ausbrach und eine größere Zahl fruchtbarer Matten mit Steinen, Schutt und Schlamm derart bedeckte, daß einigen Orten nicht bloß der Jahresnutzen, sondern daß sogar der volle Bodenwert verloren ging. Auch die Großteilerbäche, welche nicht durch wirksame Verbauungen im Zaum gehalten worden, traten über die Ufer und richteten ebenfalls da und dort fühlbaren Schaden an. Nicht minder grub sich der Steinbach im Forstwald fast gänzlich ein neues Bett, indem ein wesentlicher Teil seine gewaltigen Wassermasse gegen den Großteil durchbrach und eine ganze Reihe von Almensteilen und Niedern überflutete, ebenfalls Schutt und Schlamm zum schlimmsten Andenten zurücklassend. In Sarnen hat zunächst der bei Kirchhofen vorbeifließende Blattibach die in der Talsöhle an seinen Ufern gelegenen Wiesen stellenweise in schwerster Weise heimgesucht, und in Oberwil und der Schwändi hausten mehrere kleinere Bäche arg und schädigten einzelne Private ganz empfindlich.

Auf Wunsch der zunächst und zumeist betroffenen Gemeinde Giswil hat die Regierung eine Abschätzung des gesamten Wasserschadens in den Gemeinden Giswil und Sarnen vornehmen lassen und dieselbe ergab eine Schadenssumme von rund Fr. 45,000, wovon bei Fr. 36,000 einzig in der Gemeinde Giswil; dabei sind dann erst noch die schweren Verluste an zerstörten Verbauungen und Buhren nicht einbegriffen, die aber wohl bei Fr. 150,000 übersteigen dürften. Hervorgehoben werden muß sodann, daß die Betroffenen in Giswil fast durchwegs ärmere Leute sind, Leute, deren kärgliches Vermögen in einem sowieso verschuldeten, und nun verwüsteten, wenn nicht gänzlich vernichteten Grundeigentum angelegt war. Denn da, wo vernünftiger Weise noch von einem die Kosten lohnenden Abräumen die Rede sein kann, fehlen natürlich die Mittel hierzu. Manchen Orten aber wäre ein Abräumen rein zwecklos; die dahierigen Kosten überstiegen den Wert des Bodens ganz bedeutend. Für diese Leute ist sonach ein großer Teil ihres Grundeigentums einfach gänzlich verloren gegangen und dieselben bedürfen natürlich fremder Hilfe in noch höherem Maße. Zu alledem kommt die trübe Perspektive, daß der Verkaufswert des Grundeigentums in den gefährdeten Bezirken schon durch die Möglichkeit neuer Schädigungen für eine lange Zukunft herabgemindert ist, auch wenn und trotzdem es selbstverständlich ist, daß sobald als immer möglich tunlichst wirksame Verbauungen an den drohenden Stellen der so gefährlichen Wildbäche ausgeführt werden. Aber gerade an diese, zu ihrem Schutze vorgenommenen Sicherungsmaßnahmen sollten die so schwer betroffenen Grundeigentümer wieder ihre Beiträge leisten, Beiträge, welche hinwieder ohne namhafte Unterstützung und vor allem ohne wirksame Wiederfruchtbarmachung des überschwemmten Bodens für sie entweder unerschwinglich oder dann gar verloren sind, wenn sie nämlich zum Verlassen ihres leider jetzt schon stark vergülteten Grundbesitzes gezwungen werden.

All diese Verumstände machten es der Landesbehörde daher zur Pflicht, für die so schwer heimgesuchten Mitbürger eine Liebesgaben-Sammlung zu veranstalten, in dem Sinne, daß gemeinderätliche Abgeordnete in den Gemeinden von Haus zu Haus gehen und dorten Beiträge zu Gunsten der Wasserbeschädigten einsammeln. Die Regierung gibt der lebhaften Hoffnung Ausdruck, daß diese

Liebesgabensammlung von bestem Erfolg begleitet sein wird. Wer nicht reichlich geben kann, der gebe wenigstens seinen Verhältnissen entsprechend ein bescheidenes Scherlein. Noch niemals hat man in Obwalden vergebens an die öffentliche Mildtätigkeit appelliert, auch wenn es galt, fremde Not zu lindern. Um so ergiebiger wird dieser mildtätige Sinn sich bewähren, wenn es gilt, der Not und dem Unglück im eigenen Lande zu steuern. Betrifft es doch Leute, welche der Unterstützung würdig sind, weil sie unverschuldet in Not geraten sind; betrifft es doch Leute, welche unserer Hilfe bedürfen, um ihre Existenz zu retten. Denn soviel ist sicher, daß ohne werktätige Hilfe viele der Geschädigten ökonomisch ruiniert sind, weil das entfesselte Element ihnen all das Wenige, daß sie besaßen, sozusagen im Nu entriß oder zerstört hat. Wir dürfen wohl sagen, gerade die dürftigste Landesgegend wurde am 8. August abhin am schwersten betroffen. Um so angelegter ist reiche Hilfe, rasche Hilfe.

Und ausgiebige Hilfe ist um so notwendiger, als von einer umfassenden Liebesgabensammlung außerhalb des Kantons schon wegen des in seiner Gesamtheit nicht so außerordentlich hohen Schadens abgesehen werden mußte und weil natürlich in allererster Linie die Mitbürger der Geschädigten selbst nach Kräften beisteuern sollen.

Drum, liebe Mitbürger, empfehlen wir Euch auf das Angelegentlichste, soweit immer in Euern Kräften sich der Opfer des 8. August 1902 zu erbarmen. Gibet Jeder, der da kann, auch nur seinen Kräften gemäß, so kann der Not gesteuert und können Einzelne vor dem sonst sichern Ruine gerettet werden.

Sarnen, den 25. September 1902.

Namens des Regierungsrates;  
Der Landammann: A. Wirz.  
Der Landtschreiber: G. Bucher.

## M. Aus dem Nationalrate.

Die außerordentliche Herbstsession der eidgen. Räte ist ausschließlich veranstaltet worden, um die Differenzen zu bereinigen, welche zwischen den Resultaten der im Juni gepflogenen Beratungen der beiden Räte über das Zollgesetz noch bestehen.

Unsere Leser interessieren vorzüglich die Resultate der Beratungen, welche landwirtschaftliche Erzeugnisse betreffen. Da können wir ihnen nun berichten, daß die im Juni beschlossenen Anträge für Käse, Milch, Butter u. s. w. nicht zu Ungunsten unserer Landesprodukte abgeändert wurden. Die Furcht, daß dann bei den Unterhandlungen mit den fremden Staaten die Interessen der Landwirtschaft wieder preisgegeben werden, tönte aus verschiedenen Boten heraus. Aber nicht weniger werden auch diesmal wieder die Interessen derjenigen betont, welche die Lebensmittel kaufen müssen, der Konsumenten, besonders die Arbeiterschaft in den Städten. Das Wort für dieselben führt in der Presse besonders scharf die „Schweiz. Wegzeitung.“ Es gibt allerdings Leute, welche annehmen, es sei derselben ebenso sehr um Berufsinteressen der Metzger zu tun, als als um die Interessen der Konsumenten. Immerhin unterstützen die hohen Fleischpreise, welche sich in den Nachbarstaaten ebenso sehr geltend machen, wie in der Schweiz, den Ruf nach dem Referendum sehr. Wir möchten unsere Landleute jetzt schon warnen, eine solche Referendumsbewegung zu unterstützen. Einmal dürfen wir sicher sein, daß diese hohen Fleischpreise nicht andauern. Sie hängen zusammen mit den hohen Preisen der Milchprodukte. Daß diese aber sich nicht auf lange Jahre halten werden, ist vorauszusagen. Mit dem Käsepreise werden auch die Fleischpreise wieder sinken. Andererseits wird wohl zu Gunsten der Konsumenten das teilweise eintreten, was die Produzenten, die Bauern fürchten: Bei den Unterhandlungen für die

Handelsverträge werden einzelne als Kampfsollansätze beschlossene Positionen sicher heruntergemarkt werden. Im höchsten Grade unklug wäre es, wenn wir Obwaldner dazu beitragen würden, Sollansätze, die zum Schutze unserer eigenen Hauptausfuhrprodukte bestimmt sind, herunter zu drücken.

Es wurde ein Verlangen gestellt, bei den Zollunterhandlungen sollten möglichst alle Interessengruppen berücksichtigt werden. Nicht mit Unrecht wurde von Seite des Bundesrates hierauf geantwortet, wenn man einem solchen Verlangen folgerichtig Rechnung tragen wollte, so müßte man eine ganze Kompagnie Unterhändler nach Paris, Wien und Berlin schicken. Das würde den schweizerischen Behörden bei den umliegenden Staaten kaum mehr Gewicht verschaffen. Wir glauben, die Landwirtschaft, als die mit der Industrie hauptsächlich interessierte Produktionsgruppe dürfe sicher auf eine wirksame Vertretung hoffen, hat doch Oberst Ränzli, selbst ein Industrieller, einmal die Landwirtschaft den Jungbrunnen aller Völker genannt. Wer will aber, daß dieser dem Schweizervolke versiege?

Dem in diesem Blatte gemeldeten Beschlusse des Ständerates über die Subvention der Primarschule, der nur eine unbedeutende Abänderung der nationalrätlichen Redaktion enthielt, hat der Nationalrat einstimmig zugestimmt.

Die Eidgenossenschaft will auch dem „größten Dorfe der Schweiz“, dem bald 40,000 Einwohner zählenden La Chaux-de-Fonds ein Postgebäude erstellen, das wohl auf 2 Millionen zu stehen kommt. Vorläufig hat der Nationalrat den Ankauf des Platzes bewilligt.

Samstag vormittags wurde noch der Wirtschaftsdirektors der Elise Hänselmann von Summiswald in Beratung genommen. Diese Dame möchte ihr Glück darin versuchen, daß sie etwa 10 Minuten vom Dorfe eine Wirtschaft eröffnen will. „Zum letzten Bagen“ dürfte dieses Geschäft heißen, wenn es zu stande kommt. Die Regierung von Bern sagte aber: „Ei, laas ume blybe, wir haben Wirtschaften genug.“ Die Elise sagte aber: „Ich will halt nur wirtten, dem Sami habt ihr es auch erlaubt.“ Und mehr als 100 Summiswalder wehren sich für die Elise durch Unterschrift, angeblich, weil dieselbe von der Regierung ungerade behandelt worden sei, wahrscheinlich aber, weil sie zu gutmütig waren, die Unterschrift zu verweigern, ein Ereignis, das auch bei uns gelegentlich eintritt. Item, die ganze Geschichte kostet den Bund ordentlich Geld und es wäre zu wünschen, daß man den Kantonen das Recht zurückgäbe, solche Handel selber abzutun. Sie müssen die Armen-, Irren-, Kranken- u. Zuchtthäuser auch bezahlen, welche durch das durch die Wirtschaften gepflanzte Trinkerelend gefüllt werden. Anstatt zu Gunsten solcher Wirtschaften Unterschriften bei Männern zu sammeln, sollte man einmal bei den Frauen Unterschriften gegen die Errichtung neuer Wirtschaften sammeln; was gilt's, der Erfolg wäre ein ganz anderer! Der Ständerat hatte den Rekurs einstimmig abgewiesen. Im Nationalrat hatte die Rekurrentin einen so beredten Fürsprecher, daß die Abstimmung nicht stattfinden konnte. Sie hat indes geringe Hoffnung, hier zu siegen. Die Ueberzeugung, daß die vielen Wirtschaften ein Krebsübel seien, hat so sehr Boden gewonnen, daß Rekurse gegen die Errichtung neuer Wirtschaften ablehnende Entschiede von Kantonsregierungen wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Mit nächstem Samstag wird die Bundesversammlung ihre außerordentliche Herbstsession und damit eine Legislaturperiode abschließen. Die Herren Nationalräte räumen hübsch ihre Pulte aus, damit ihre allfälligen Nachfolger nicht etwa Schnitze und nichtgehaltene Reden dort antreffen und einen Lärm über die schlechte Ordnung ihrer Vorgänger anfangen. Dann werfen sie dem Saal noch einen Blick zu, wie im Herbst der abziehende Senne der Alp und gehen nach Hause, um mit ihren Wählern „in Führung zu treten.“